

PRESSEMITTEILUNG

Neues Gutachten über Muslime in ländlichen Regionen Ostdeutschlands

Wie gelingt die Integration von muslimischen Gemeinden in kleineren Kommunen Ostdeutschlands? Diese Frage beantwortet ein Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung anhand von Erfahrungen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der Politikwissenschaftler Timon Perabo zeigt, wie Kommunen die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit achten, auftretende Hürden im Miteinander überwinden und das Zusammenleben aller Menschen vor Ort stärken.

Berlin, 7. November 2018. Musliminnen und Muslime leben bereits seit 60 Jahren in Deutschland und sind längst Teil des deutschen Alltags. In den ostdeutschen Bundesländern sind islamische Gemeinden jedoch jünger, kleiner und überwiegend anders organisiert als ihre westdeutschen Pendanten. Besonders durch den Zuzug von Geflüchteten seit 2015 sind Muslime auch in ländlichen Regionen Ostdeutschlands präsenter geworden. So stellen sich Fragen des Zusammenlebens in der Kommune u.a.

- bei der Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und muslimischen Akteuren,
- bei der Suche und Einrichtung von Gebetsräumlichkeiten und
- beim Aufbau von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen.

Wie reagieren Kommunen auf die Bedürfnisse muslimischer Gemeinden? Welche Wege können muslimische Akteure gehen, um ihre Anliegen vorzutragen und umzusetzen so wie alle anderen Gesellschaftsgruppen auch? Zentrale Ergebnisse des Gutachtens sind:

1. **Verwaltung sollte sich damit befassen, wie Muslime ihren Glauben an ihrem Wohnort ausleben können.** Die Religionsfreiheit ist ein Grundrecht. Kommunen können dazu beitragen, dass dieses Grundrecht für alle gleichermaßen mit Leben gefüllt wird und damit auch auf die Bedürfnisse einer vielfältiger werdenden Gesellschaft eingehen. Es gilt: „Je mehr wir die Hand ausstrecken, desto mehr können wir auch mitsteuern, dass der Islam bei uns vor Ort gut in der Gesellschaft verankert ist.“, so eine Stimme aus der untersuchten Kommunen.
2. **Die Verwaltungen stehen bei diesem Thema am Anfang.** Es gibt wenig Wissen und Erfahrung zum Thema Islam. Die polarisierte öffentliche Debatte über den Islam führt zusätzlich zu Unsicherheit. Kommunen, die sich für das Thema öffnen und es aktiv gestalten, sind (noch) in der Minderheit und überregionale Beratungsstrukturen sind erst im Aufbau begriffen. Zugleich bedeutet dies aber eine Chance, wie ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung Saalfeld (Thüringen) betont: „Wir können unsere besondere Situation in Ostdeutschland auch als Chance nutzen. Wir können vielleicht Fehler vermeiden, die woanders gemacht wurden.“

3. **Muslimische Gemeinden sind fast überall kommunal orientiert** und wollen vor Ort ankommen. Sie bilden überwiegend unabhängige Strukturen, die bekannten Islamverbände spielen nur selten eine Rolle. Allerdings sind muslimische Gemeinden in ländlichen Regionen der drei Bundesländer klein, sie verfügen über wenig Mittel und sind nahezu ausschließlich ehrenamtlich organisiert, was die Verwaltung berücksichtigen muss - und vielerorts bereits tut.
4. **Vor Ort herrscht deutlich mehr Normalität als Konflikt.** Religiös begründeter Extremismus ist nirgends aufgetreten in den beteiligten Kommunen. Organisierter Rechtsextremismus war nicht das Problem der Muslime vor Ort, aber von Muslimfeindlichkeit in Form von Alltagsdiskriminierung wurde durchaus berichtet.

Zur Anlage der Untersuchung:

Das Gutachten basiert auf den Ergebnissen einer Veranstaltungsreihe der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Robert Bosch Stiftung 2017/18 mit Verwaltungen von 13 Kommunen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Es nahmen daran Vertreter/innen muslimischer Gemeinden, der Verwaltung, der Politik und der Wissenschaft teil. Gemeinsam wurden Strategien für das Zusammenleben vor Ort entwickelt. Zudem wurden vertiefende Interviews mit einigen Teilnehmenden des Forums geführt.

Der Autor:

Timon Perabo ist Senior-Berater bei Ramboll Management Consulting. Zuvor begleitete er als Programmleiter für die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Kommunen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dabei, Strategien für Integration und Teilhabe von Geflüchteten zu entwickeln und umzusetzen. Er ist Mitglied des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung und wirkt im kommunalen Qualitätszirkel für Integrationspolitik mit.

Das Gutachten:

Timon Perabo: Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern? Herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung und der Robert Bosch Stiftung. Berlin 2018.

Download:

<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14716.pdf>

Weitere Informationen bei:

Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung
Tel: 040 325874-21
dietmar.molthagen@fes.de

Volker Nüske
Robert Bosch Stiftung GmbH
Tel. 0711 46084-673
volker.nueske@bosch-stiftung.de

Timon Perabo
timon.perabo@kulturmanager.net